



Thüringen gestalten statt Stillstand verwalten

**10-Punkte-Fahrplan
für die Kabinettsklausur
der Landesregierung**

Impulse der CDU-Fraktion für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Thüringen

Thüringen steht vor gewaltigen Herausforderungen und zahlreichen Aufgaben, die von der Landesregierung dringend erledigt werden müssen. Die CDU-Fraktion will die die Zukunft Thüringens aktiv gestalten. Es ist unser Anspruch, dass im Interesse Thüringens und seiner Bürger vorgegangen wird.

Viele Probleme werden von der Landesregierung nicht engagiert genug angegangen. Wir fragen uns ernsthaft: Hat Herr Ramelow noch die Kraft, Thüringens Zukunft zu gestalten, oder begnügt er sich endgültig damit, nur noch den Stillstand zu verwalten? Wir fordern die Ramelow-Regierung auf, ihre Kabinettsklausur zu nutzen, Thüringen bei zentralen Fragen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik fit für die Zukunft zu machen. Rot-Rot-Grün darf nicht weiter zaudern und bis zum nächsten Haushalt warten. Vorschläge der CDU und finanzielle Mittel sind im beschlossenen Haushalt bereits vorhanden. In den folgenden 10 Punkten zeigen wir auf, wie wir Thüringen jetzt unmittelbar voranbringen würden, wenn die CDU das Land führen würde. Wir fordern die Ramelow-Regierung auf, diese Vorschläge umzusetzen:

- 1. Heimisches Fachkräftepotential in den Mittelpunkt stellen und „Tag in der Praxis“ einführen**
Das zentrale Thema der Thüringer Wirtschaft ist der Fachkräftemangel. Gegenmaßnahmen müssen bereits in der Schule beginnen. Es muss das Ziel sein, alle Kinder in Thüringen zu einem Schulabschluss zu führen. Gleichzeitig ist die Landesregierung in der Pflicht dafür zu sorgen, dass die Bedeutung und die guten Perspektiven von beruflichen Karrieren im öffentlichen Bewusstsein wieder präsenter und die Wertschätzung für Ausbildung und Handwerk erhöht werden. Eine zunehmende Akademisierung darf nicht das Nachwuchspotential in dringend benötigten Ausbildungsberufen einschränken, ohne die dem Wirtschaftsstandort und der Energiewende die Grundlage entzogen wird. In einem ersten Schritt sollte deshalb unverzüglich mit der landesweiten Einführung beispielhafter Modellprojekte wie des im Schulamtsbereich Nordthüringen mit der IHK, HWK und Agentur für Arbeit erprobten „Tag in der Praxis“ (TIP) begonnen werden.
- 2. Arbeitsmarkt flexibilisieren und Nein zur 4-Tage Woche**
Wirtschaftlicher Wohlstand wird nur mit Anstrengungen gelingen. Es braucht eine klare Absage der Landesregierung gegen die flächendeckende Einführung einer 4-Tage-Woche. Es ist vollkommen widersinnig, den Fachkräftemangel zu beklagen und gleichzeitig einer pauschalen Arbeitszeitverkürzung das Wort zu reden. Zumal eine 4-Tage-Woche insbesondere die Branchen vor massive Probleme stellen würde, in denen Personal nur vor Ort arbeiten kann. Dazu gehören auch der Pflege- und Gesundheitsbereich, die bereits jetzt Schwierigkeiten haben, die dauerhafte Versorgung aufrechtzuerhalten. Stattdessen muss es Ziel sein, mehr Menschen in Vollzeitarbeit zu bringen. Mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht man am besten, indem das Arbeitsrecht so angepasst wird, dass Arbeitgebern und Arbeitnehmern mehr Flexibilität eingeräumt wird. Von Thürin-

gen aus sollten Impulse für eine freie Verteilung der Wochenarbeitszeit und attraktivere Regeln zur steuerlichen Behandlung von Überstunden ausgehen.

3. Meisterförderung ausweiten

Der Meisterbonus muss endlich für alle Meisterabschlüsse in Thüringen verfügbar werden. Im Landeshaushalt 2023 wurden mit Änderungsanträgen der CDU-Fraktion 800.000 Euro zusätzlich für eine Ausweitung des Meisterbonus auf Industrie- und Fachmeister sowie Meister der Grünen Berufe eingestellt. Auch wurde eine Millionen Euro zusätzlich für die Ausweitung der Meistergründungsprämie auf Personen, die bereits seit mehr als 3 Jahren Meister sind, sowie für Gründungen seit dem 01. Januar 2021 im Haushalt geplant. Beide Projekte können einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität beruflicher Karrieren leisten. Die Mittel sind vorhanden, die Regierung muss jetzt handeln.

4. Duale Ausbildung macht Thüringen stark

Die duale Ausbildung und unsere Berufsschulen sind die Basis der wirtschaftlichen Stärke Thüringens. Es darf keinen weiteren Abbau der Berufsschulstandorte in Thüringen geben. Vielmehr muss eine heimatnahe Ausbildung flächendeckend gewährleistet werden, um Abwanderung vorzubeugen. Die Landesregierung muss ihre Pläne zur Ausdünnung des Berufsschulnetzes im ländlichen Raum stoppen. Wir erwarten, dass von einer weiteren Konzentration der Ausbildungsstandorte an wenigen Zentren im Freistaat entlang der Hauptverkehrsachsen abgerückt wird. Stattdessen muss das Berufsschulnetz erhalten und digital gestärkt werden. Dazu braucht es alsbald eine Initiative um den Digitalisierungsprozesses an Berufsschulen zu intensivieren und überregionale „Schulverbünde“ für Ausbildungsgänge einzurichten. Digitale Lehrangebote müssen unter dem gemeinsamen Dach einer „digitalen Berufsschule“ für alle zugänglich gemacht werden. Dafür sind bereits fünf Millionen Euro im Haushalt eingestellt, aber bisher Null Euro abgerufen worden. Auch muss die Landesregierung mit den Hochschulen einen Plan für mehr ausgebildete Berufsschullehrer aufstellen.

5. German Professional School voranbringen

Die Steigerung des heimischen Arbeitskräftepotentials wird nicht ausreichen, um die Fachkräftelücke zu füllen. Deshalb darf sich die Unterstützung bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte nicht länger auf die sprachliche Vorbereitung beschränken. Vielmehr müssen auch Suche, Anwerbung, Einreise und Aufenthalt sowie die (Nach-)Qualifikation vereinfacht und verbessert werden. Dafür wurde auf Antrag der CDU-Fraktion bereits im Haushalt 2023 eine Millionen Euro zusätzlich eingestellt. Mit dem Wirtschaftsministerium wurde vereinbart, mit diesen Mitteln das Projekt German-Professional-School anzugehen.

6. Qualifizierte Zuwanderung statt absurder Asyldebatten

Die Verfahren zur Fachkräfteanerkennung dauern in Thüringen deutlich länger als andernorts in

Deutschland. Die Landesregierung streitet derweil über Zuständigkeiten und will Arbeitsgruppen über neue Ämter beraten lassen, während Thüringer Kliniken und Industriebetriebe weiter warten müssen. Im Interesse der Fachkräftesicherung und der Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft sollte deshalb eine Zentrale Ausländerbehörde im Sinne einer „One-Stop-Agency“ errichtet werden. Thüringer Unternehmen und potentielle Fachkräfte erhalten so einen zentralen Ansprechpartner, der bei der Vorbereitung und Durchführung des regulären sowie des beschleunigten Fachkräfteverfahrens bis zur Erteilung des erforderlichen nationalen Visums begleitet und unterstützt. Außerdem muss die Landesregierung endlich verstehen, dass es die gezielte Anwerbung qualifizierter Fachkräfte braucht und keine neuen Anreize für Einwanderung in die Sozialsysteme. Eine missbräuchliche Nutzung des Asylsystems kann, soll und wird das Fachkräfteproblem nicht lösen.

7. Modernes Thüringen: Digital und unbürokratisch

Thüringen verschläft die Digitalisierung. Das betrifft besonders die Infrastruktur, denn beim Anschluss von Schulen, Gewerbegebieten und Wohngebieten gerade im ländlichen Raum hinkt Thüringen im deutschlandweiten Vergleich hinterher. Doch auch Staat und Verwaltung müssen digitaler und schlanker werden. Zuletzt hat ein Bericht des Bürgerbeauftragten gezeigt, wie unzufrieden die Bürger mit Bearbeitungszeiten und Service der Verwaltung sind. Dem kann und muss zügig mit mehr digitalen Dienstleistungen, der E-Akte und schnelleren Prozessen entgegengewirkt werden. Auch mit Blick auf den Fachkräftemangel ist es unabdingbar, Abläufe zu vereinfachen und den Personaleinsatz mit Hilfe der Digitalisierung zu reduzieren. Vor allem Antrags- und Genehmigungsverfahren müssen überprüft und konsequent digitalisiert und vereinfacht werden. Die Landesregierung sollte hierbei auch auf die Expertise des Normenkontrollrates zurückgreifen. Um die Bereitschaft zum Bürokratieabbau unter Beweis zu stellen könnte die Landesregierung damit beginnen, sich einer echten Reform des Vergabegesetzes nicht zu verschließen.

8. Investitionen zur Transformation des Energiesystems technologieoffen befördern

Die Transformation unseres Energiesystems ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Um Investitionen zu unterstützen stehen im Sondervermögen und im Haushalt ausreichend finanzielle Mittel bereit. Sie werden aber von der Landesregierung nicht genutzt. Mehr als zwei Millionen Euro für Anreize zur Sektorenkopplung und Selbstversorgung fließen bisher ebenso wenig ab, wie eine Million zusätzlicher Mittel für Erdwärmeprojekte. Statt für Hilfsprogramme vorgesehene Gelder im Sondervermögen umzuschichten, sollte zunächst das für Investitionen vorgesehene Geld auch ausgegeben werden. Zukünftig müssen auch die Kommunen auf dem Weg der Transformation mehr unterstützt werden. Dazu liegen konkrete Vorschläge der CDU-Fraktion für einen kommunalen Investitionsfonds auf dem Tisch.

9. Energiesharing ermöglichen

Es ist zwingend notwendig, die Effizienz bei der Erzeugung und Nutzung von Energie zu erhöhen. Dazu müssen Synergieeffekte genutzt werden. Thüringen kann Vorreiter dabei sein, lokal Energie

zu erzeugen und sie dann regional zu teilen. Es muss einfacher werden, Erneuerbare Energien gemeinschaftlich zu erzeugen und zu nutzen. Nur so können sich zum Beispiel Solarmodule auf großen Lagerhallen auch dann lohnen, wenn der Betrieb selbst den Strom nicht benötigt, sondern an die Nachbarn weiterreichen kann. Die Landesregierung hat es bislang versäumt, konkrete Maßnahmen anzustoßen. Dabei wären für einen Einstieg bereits 500.000 Euro für Gewerbegebietsprojekte im Haushalt vorhanden.

10. Förderprogramme entbürokratisieren

Ob InnInvest, Dekarbonisierungsbonus oder die Energiehilfen des Freistaates. Thüringer Förderprogramme sind oft mit hohen Beantragungshürden verbunden und kompliziert ausgestaltet. Die Wirtschaft braucht dagegen Unterstützung, die nicht nur auf dem Papier zur Verfügung steht, sondern wirklich ankommt. Die Landesregierung sollte deshalb so schnell wie möglich alle Thüringer Förderprogramme so strukturieren, dass sie einfach zugänglich sind. Bei dieser Gelegenheit können auch verschiedene Programme gebündelt werden, damit Förderprogramme mit einer Millionen Euro Volumen nicht länger zwei Millionen Euro an Verwaltungskosten verursacht.